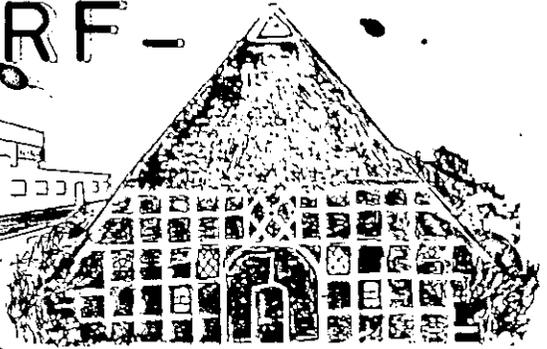
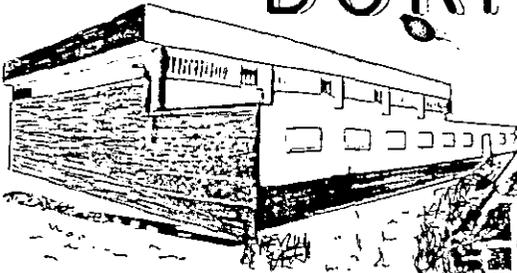


DORF -



GEFLÜSTER

Nr.1

Juni '78

Nachrichten, Tatsachen, Informationen ...

...wollen wir bringen. Da mag man sich nach dem "Warum" fragen. Zugegeben der mündliche Informationsfluß in ländlichen Gebieten ist nicht zu unterschätzen. Ob in diesen aber auch die sogenannten Neubürger einbezogen sind, kann schon wieder bezweifelt werden.

Andererseits gibt es schon die großen Tageszeitungen für die Nachrichtenübermittlung. Wir meinen, diese genügen nicht dem speziell örtlichen Informationsinteresse. In einem willkürlich herausgegriffenen Zeitraum (6. bis 16.12.77) brachte die -im Gemeindegebiet wohl meistgelesene- 'KN' lediglich zwei Artikel über Neuwittenbek (Senioren-Advent und Haushaltsverabschiedung in der Gemeindevertretung). Etwas mehr geschieht nun wohl doch in einem Gemeinwesen von über 700 Bürgern; sei es, daß weitere Veranstaltungen stattgefunden ha-

ben oder daß nicht nur über den Etat gesprochen wurde in jener Gemeinderatssitzung. Schon bei dieser Betrachtungsweise ließe sich eine zusätzliche Nachrichtenquelle, wie das 'Dorf-Ge-flüster' rechtfertigen.

Ausgangspunkt für unsere Überlegungen war jedoch ein ganz anderer. Er liegt auch schon weiter zurück. Die SPD-Fraktion in Neuwittenbek hatte in der jetzt ablaufenden Legislaturperiode einen Antrag in der Gemeindevertretung eingebracht, Tagesordnung, Zeit und Ort der Gemeinderatssitzungen an alle Haushaltungen zu versenden. Es sollte dies ein erster Schritt sein, den Bürger mehr in die Arbeit der Gemeindevertretung einzubeziehen (wie dies z.B. in Nortorf praktiziert wird). Der Antrag wurde von der CDU-Mehrheit im Gemeinderat abgelehnt.

NEUWITTENBEKER

Sollte dies das Ende der vielbeschworenen "Bürgernähe" sein? In der Neuwittenbeker SPD wurde weiterüberlegt und -diskutiert. Es kristallisierte sich der Gedanke einer Bürgerzeitung heraus. Die Zeit verrann. Jedoch die Emsigkeit der Vorweihnachtszeit steckte an. Das 'Dorf-Ge-flüster' nahm Gestalt an und vor Ihnen liegt nun die erste Ausgabe.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, warum die SPD als Herausgeber dieser Zeitung auftritt. Das muß und das soll nicht so

bleiben! Angesprochen für eine Mitarbeit sind alle Bürger, Verbände und Vereine und auch die CDU ("Solidarität der Demokraten"). Interessierte sind jederzeit willkommen.

Umfang und Gestalt des 'Dorf-Ge-flüsters' sind in der vorliegenden Ausgabe ein Versuch. Inhaltlich soll über Neuwittenbeker (und War-leberger) Politik und Kultur, über Veranstaltungen und Termine be-richtet werden. Hinsichtlich der vertretenen Meinungen waren wir so objektiv wie möglich uns soweit für uns vertretbar.

KOMMUNALWAHL — 1978 — 5. MÄRZ

Wahllokal: Grundschule Neuwittenbek geöffnet von 8.00 — 18.00 Uhr
Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch !!!!!

Ältere Mitbürger werden auf Wunsch zum Wahllokal gefahren.

Rufen Sie uns an! Tel.: 8988 oder 123†

aus der schule geplaudert

Trotz eines Kuraufenthaltes und damit verbundenen Lehrerausfalls kam es an der Grundschule Neuwittenbek zu keinen nennenswerten Stundenstreichungen. Dies nicht zuletzt dank der intensiven Bemühungen des Elternbeiratsvorsitzenden, Herrn Buchenau, der sich erfolgreich um die Einstellung zweier Aushilfslehrkräfte bemühte.

Nicht so einfach zu beseitigen sind hingegen die Sorgen um den Weiterbestand der Grundschule. Hier ermittelte der Schulelternbeiratsvorsitzende, daß die Schule bei den vorhandenen und zu erwartenden Kinderzahlen nicht weiterbestehen kann. Vorrangiges Ziel zur Existenzsicherung der Grundschule ist also die Erhöhung der Kinderzahl

in Neuwittenbek und Umgebung. Wie wär's denn, wenn der lange beschworene Flächennutzungsplan in diesem Sinne endlich zustande käme, um Zugänge von Neubürgern -möglichst mit Kindern- zu beschleunigen.

Anfang und Ende

Abschied werden nach der Kommunalwahl '78 drei "altgediente Kämpfer" nehmen. Nach 28jähriger Arbeit in der Gemeindevertretung (davon 3 Jahre als Bürgermeister) scheidet Herbert Matte (SPD) aus, um den Jüngeren Platz zu machen. Auch Fritz Posingies (SPD) will nach 12 Jahren als Gemeindevertreter die Sitzungen des kommunal-

nen Parlaments nur noch als Zuschauer miterleben. Bürgermeister Radbruch (CDU) kandidiert aus gesundheitlichen Gründen nicht wieder. Alle Drei haben wesentlich die Politik der letzten Jahre in Neuwittenbek bestimmt. Jenseits jeglicher Parteizugehörigkeit sagen die Mitbürger Dank.

Neu -wennleich doch so selbstverständlich- ist, daß zwei Damen versuchen, in der Neuwittenbeker Politik mitzureden. Für die SPD kandidieren Giesela Matte und Dorit Wolfgram. Frau Matte hat gute Chancen in den nächsten vier Jahren eine "politische Minderheit" zu vertreten. Vielleicht dient dies anderen weiblichen Mitbürgern als Anstoß.

WARLEBERGER SETZ-EIER

Diskussion um öffentliche Verkehrsverbindungen

Schon ein Ziel erreicht

Als Warleberger ohne Auto ist man "recht arm 'dran". Nur dreimal täglich hält ein Bus. Um dem abzu- helfen, hat sich eine Bürgerinitiative des Mißstandes angenommen. Darüberhinaus hat der SPD-Spitzenkandidat Jochen Habeck den Bau eines Fahrradweges zwischen Warleberg und Neuwittenbek in sein Wahlprogramm aufgenommen. Diesem Plan wird sich auch die CDU nicht verschließen können. Warleberger Eltern warten darauf, ihre Kinder morgens auf einem sicheren Weg zur Schule zu wissen.

Warleberg schneidet gut ab. Denn schon jetzt steht fest, daß nach der Kommunalwahl zumindest ein Gemeinderatsmitglied in der Gemeindevertretung Neuwittenbek aus Warleberg stammt. CDU-Kandidat ~~zu~~ Putlitz und SPD-Kandidat Brandenburg sind gegenseitig so weit abgesichert, daß auf jeden Fall einer von beiden ins Gemeindeparlament gewählt wird. Damit sind die rund 50 Warleberger Einwohner überdurchschnittlich vertreten. Im Gegensatz dazu entfällt auf etwa 80 Bürger in Neuwittenbek ein Gemeinderatsmitglied.

Aus dem Gemeinderat . . .

Sitzung vom 5. 11. 1977

Fertiggestellt

ist der Ausbau des Wirtschaftsweges Annenhof/Kattendiek. Die Abnahme erfolgte ohne größere Beanstandungen.

Kaltgestellt

war für kurze Zeit die Heizung im Lehrerwohnhaus. Wie aus dem Bericht des Bürgermeisters hervorging, sind inzwischen Brenner und Kessel ausgewechselt worden.

Zu spät

beanstandet wurden Mängel an einem WC-Becken in der Mehrzweckhalle. Die Firma, die den Bau seinerzeit erstellt hat, lehnt eine Reparatur auf Garantie ab.

Abgelehnt

wurde von der Landesregierung ein Bauantrag auf Errichtung einer Arztpraxis in Landwehr. Um eine ausreichende ärztliche Versorgung zu sichern, werden sich nun die Gemeinden erneut Gedanken machen müssen.

Als heisses Eisen

erwies sich auf der Gemeinderats-sitzung der Tennisschläger, den die CDU-Fraktion bald in Neuwittenbek schwingen möchte. Die Zuschüsse, die sich Bürgermeister Radbruch für den Bau eines Tennis-

platzes von Land und Kreis erhofft, dürften sich nach Ansicht von Jochen Habeck (SPD) bestenfalls als Platzpatronen verwenden lassen. Er wies anhand des Kreissportstättenplanes sachkundig nach, daß das Sportgebiet Gettorf, zu dem auch Neuwittenbek gehört, mit Tennisanlagen in Gettorf übersättigt ist. (Anm. der Red.: Wer reinigt später die Anlagen um die Tennisplätze?)

Gärtnerisch

betätigen sollen sich, wenn es nach dem Willen von Bürgermeister Radbruch (CDU) geht, in Zukunft die Mitglieder des TSV Neuwittenbek. Er möchte die Reinhaltung der Außenanlagen um die Mehrzweckhalle von seinen Schultern auf die des TSV-Vorsitzenden Klaus Stein umgeladen wissen.

30 jähriges

Jubiläum

will der DRK-Ortsverein Neuwittenbek am 16. 9. 1978 feiern. Aus diesem Anlaß lag dem Gemeinderat ein Antrag vor, die Mehrzweckhalle als Jubiläumsort benutzen zu können. Diesem Antrag wurde einstimmig beige-pflichtet. Jochen Habeck (SPD) beantragte in diesem Zusammenhang, eine Benutzerordnung für die Mehrzweckhalle zu erstellen, in der zukünftig die Nutzung der Halle allgemeingültig geregelt wird.

SPORT



Schwarzer Peter

Reinigung tut Not. Das meinte Bürgermeister Georg Radbruch. Dabei hatte er anfänglich gehofft, durch Aktivitäten seiner Mitbürger könnten die Sportstätten in Neuwittenbek sauber gehalten werden. Nun mußte er aber auf der Gemeinderatssitzung Ende letzten Jahres bekennen, dafür könne er keine Freiwilligen finden. Allein der zweimal im Jahr stattfindende GroBeinsatz zur allgemeinen Dorfreinigung reicht nicht aus.

In der Gemeinderatssitzung galt es nun den Schwarzen Peter weiterzuschieben. Adressat war der TSV Neuwittenbek. Dessen Vorsitzender Klaus Stein wehrte sich sofort. Auch er würde keine Freiwilligen für eine Reinigung der Sportstätten finden. Jedoch wolle er zunächst noch einen entsprechenden Beschluß der Jahreshauptversammlung des Vereins abwarten. Ohnehin muß dies eine Aufgabe der Gemeinde bleiben, genau wie dies auch für jeden anderen Grundstückseigentümer gilt. Auch jener kann sich bei einem verschmutzten Vorgarten nicht dadurch wehren, indem er meint, der Abfall käme von seinem Nachbarn. Jeder ist für seinen Bereich verantwortlich. Und die Gemeinde ist nun einmal Eigentümer der Sportanlagen.

Warum, so muß man sich fragen, gibt es im Bereich der Stadt Kiel nicht derartige Probleme. Dort wird nämlich erst gar nicht versucht, solche Arbeiten auf die Einwohner abzuwälzen. Der Bürger erbringt an die Gemeinden Leistungen (Steuern). Dafür kann er Gegenleistungen -wie etwa die Reinigung von Sportstätten- erwarten. Wozu sollen also ehrgeizige Projekte aus dem Gemeindehaushalt finanziert werden, wenn nicht zuvor die kleinen Dinge des Alltags "bereinigt" worden sind. In diesem Sinne: Reinigung tut Not.

Appell für Bürgerzeitung

Von der SPD herausgegebene Orts- und Stadtteilzeitungen veranlassen die CDU, Gegenblätter herauszubringen. Das war einer Umfrage bei über 100 sozialdemokratischen Publikationen in Schleswig-Holstein zu entnehmen.

Soweit soll es aber beim 'Neuwittenbeker Dorf-Geflüster' nach dem Willen der Herausgeber nicht kommen. Sie wollen eine für alle offene Bürgerzeitung schaffen.

Wie wichtig andererseits zusätzliche Informationsquellen sind, zeigte die 'KN' deutlich bei der Kandidatennominierung durch die Neuwittenbeker Parteien. Die CDU konnte zwei Tage nach ihrer Versammlung die Ergebnisse in der Zeitung abgedruckt finden. Die SPD hatte ihre Beschlüsse schon eine Woche zuvor gefaßt. Und wann kam der 'KN'-Bericht dazu?

Preussen 1978?

Heftige Diskussionen der Parteien im ganzen Lande um die Rückzahlung der nach § 9 KAG (Kommunalabgabengesetz) geleisteten Ansiedlungsgebühren lassen bei vielen Bürgern die Frage aufkommen, ob die vorhandenen Gesetze nach jedermanns Lust und Standpunkt ausgelegt werden können. Auch in Neuwittenbek hat eine Kampagne von Neubürgern und der Antrag der SPD im Gemeinderat die Diskussion um die Rückzahlung in Gang gesetzt. Was steckt nun eigentlich dahinter?

Angefangen hat alles im alten Preußen des Jahres 1904, als fin-dige Politiker die Gemeindekassen dadurch aufbessern wollten, daß man von Neubürgern, die sich ab-seits der Ortschaften ansiedelten, eine Ansiedlergebühr forderte. Dieses Gesetz wurde in einem Ur-teil des Bundesverwaltungsgerich-tes von 1969 außer Kraft gesetzt, da man der Meinung war, daß durch das Steueraufkommen der Neubürger auch die Finanzdecke der Gemeinden angehoben wird.

Um die durch diesen Gerichtsbe-schluß entstehende Lücke im Haus-halt der Gemeinden zu schließen, hat das Land Schleswig-Holstein am 10.3.1970 ein neues Gesetz er-lassen, das kurioserweise noch weitergehend ist, als das so-eben aufgehobene. In Zukunft sol-len alle Neubürger eine "Ein-trittsgebühr" ins dörfliche Idyll bezahlen.

Um zu verhindern, daß dieses Ge-setz gleich wieder außer Kraft ge-setzt werden kann, hat man darin verankert, daß die Gemeinden die durch die Neubürger verursachten Kosten nachweisen müssen. Eine vorhandene Einrichtung kann nicht nachträglich durch die Ansiedlungs-gebühr finanziert werden.

Wie sieht es nun damit in Neuwit-tenbek aus? Die Gemeinde hat die Notwendigkeit der Erhebung mit den Neubaumaßnahmen: Realschule Gettorf (!), Neubau des Verwal-tungsgebäudes Gettorf (!), Neu-an-schaffungen für die Feuerwehr, Bau von Sportanlagen, sowie Kin-der-spielplatz und Kindergarten begründet. Sind diese Kosten tat-sächlich, so wie es in einer An-lage der Gemeinde behauptet wird, von Neubürgern verursacht? Und wofür, wenn nicht für das Recht auf Bildung, Verwaltung (die auch noch genügend Gebühren einzieht) usw. zahlt der Bürger dann seine Steuern? Wenn man die Situation von Schule und Kindergarten be-trachtet, die um ihre Existenz kämpfen und sich bemühen, Kinder aus anderen Gemeinden heranzuzie-hen, um überhaupt bestehen zu kön-nen, muß eigentlich klar werden, daß die Gemeinde über jeden Neu-bürger, besonders mit Kindern, froh sein muß.

Es hat, und das muß einmal klar gesagt werden, weder 1970, noch zu einem anderen Zeitpunkt eine rechtliche Grundlage für die For-derung von Ansiedlergebühren in Neuwittenbek gegeben. Dies kommt auch durch den Beschluß des Ge-meinderates vom Frühjahr 1977 zum

Ausdruck, in dem die Gemeinde ihre eigene Satzung von 1970 abschafft. Anlaß hierzu waren diverse Gerichtsurteile von Bauherrn im ganzen Lande, und man wollte in Neuwittenbek nichts Gleichartiges riskieren.

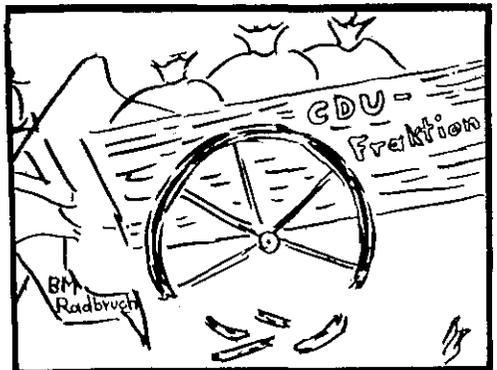
Nun ist es eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit und der moralischen Grundhaltung gegenüber dem Bürger, daß man ein an ihm begangenes Unrecht wieder gutmacht. Die betroffenen Bürger forderten von der Gemeinde die unrechtmäßig erhobenen Ansiedlergebühren zurück. Dieser Antrag wurde, wie bereits erwähnt, von SPD im Gemeinderat unterstützt. Die CDU-Mehrheit lehnte dies jedoch mit der Begründung ab, die Gemeinde habe die erforderlichen Mittel (ca. 30.000 DM) nicht zur Verfügung. Noch im gleichen Haushaltsjahr beantragen eben dieselben Gemeindevertreter, von dem Überschuß der Gemeinde (ca. 60.000 DM) einen Tennisplatz zu bauen. Hier wird, so meinen wir, mit dem Vertrauen der Bürger Schindluder getrieben. Bemerkung eines CDU-Gesellschaftsmitgliedes: „Da kriegen wir keine Gerechtigkeit 'rein...!“ Klar, wenn man sich nicht darum bemüht.

Die **SPD** feierte: Jahrestreffen in Neuwittenbek

Wulf Dieter Stark-Wulf, Kreistagsabgeordneter, lud nach Neuwittenbek ein. Die örtliche SPD und Mitglieder der Nachbarortsvereine er-

schiene zum geselligen Beisammensein. Vorsitzender Fritz Posingies begrüßte die Anwesenden. Als kleine Entschädigung für das Verständnis der Ehegatten aller 'Wahlkämpfer' sah Spitzenkandidat Jochen Habeck das Treffen. Nach dem Essen wurden die Joule (früher Kalorien genannt) beim Tanz wieder abstrahiert.

Mittelpunkt des Abends war Ehren-gast Brunhild Wendel, Bürgermeisterin in Schacht-Audorf und MdL; mit ihrer Begeisterung steckte sie alle an. In einer kurzen Ansprache dankte sie für die Einladung und freute sich über die herrschende Stimmung. Sie meinte, nach der Kommunalwahl sei sicher wieder Anlaß zum Feiern. Dennoch ermahnte sie die Anwesenden, einen fairen, aber klaren Wahlkampf zu führen. Nur mit Leistung und Ideen könne man den Bürger überzeugen; mit Polemik seien letztlich keine Stimmen für die SPD zu gewinnen. In diesem Sinne würde auch Jochen Habeck Erfolg haben. Anhaltender Beifall bestätigte die Ausführungen Brunhild Wendels.



Häschen-Witz Nr. 1231:

Hattu Radbruch - muttu auswechseln

Anmerkungen zum Tennisplatz-Problem

Die Schaffung von Tennisanlagen stellt eine Bereicherung für jede Gemeinde dar. Deshalb hat die SPD-Fraktion in Neuwittenbek einem solchen Beschluß zugestimmt. Auch wenn man es ihr gerne unterstellen möchte, diese Partei sieht Tennis nicht als 'Bonzensport', sondern als Volkssport. Wogegen sich aber die SPD aussprach, war die Art und Weise in der dies Problem in der Gemeindevertretung bewältigt werden soll.

Baukosten in Höhe von 100.000 DM hat die CDU für die Erstellung der Anlage vorgesehen.

Tatsache ist:

- man weiß nicht einmal, wie viel z.B. die fällige Landbeschaffung kosten wird;
- die Rückzahlung der KAG-Gelder wird verweigert, weil kein Geld in der Gemeindekasse sei.

Bei der Finanzierung veranschlagt die CDU eine Förderung von 55 % aus öffentlichen Mitteln.

Tatsache ist:

- in dem Kreissportstättenplan ist das Einzugsgebiet Gettorf (zu dem die Gemeinde gehört) mit Tennisplätzen übersättigt. Richtwert ist 2.700 Einwohner je Anlage. Objektiv besteht keine Chance, öffentliche Zuschüsse zu erhalten.

Der Bürgermeister will den Planungsauftrag willkürlich an einen Altwittenbeker Architekten vergeben.

Tatsache ist:

jede Verwaltung ist verpflichtet

Ausschreibungen vorzunehmen, um im Interesse der verwalteten Gelder ein günstiges Angebot einzuholen.

Unter Kaufleuten würde ein solches Verhalten als unseriös bezeichnet werden. Gilt in der Politik eine andere Moral?

Termine

Es spricht: Brunhild Wendel (MDL)
am 9. Februar 1978 um 20 Uhr im
Gasthof 'Zur Linde'/Neuwittenbek.
Am 3. März 1978 um 20 Uhr im
Gasthof 'Zur Linde'/Neuwittenbek
Jahreshauptversammlung des TSV
Neuwittenbek.

Wir gratulieren

Merrn Karl Fricke, Warleberg,
nachträglich zum 70ten Geburtstag
Frau Maria Hampel, Hofkoppelweg 14
nachträglich zum 87ten Geburtstag
Frau Katharine Hülle, Hauptstr. 20
zum 87ten Geburtstag am 8.2.1978

ndg

Impressum

'Neuwittenbeker Dorf-Geflüster'
- Bürgerzeitung für das Gemein-
degebiet

Ausgabe 1, Januar/Februar 1978
erscheint in einer Auflage von
300 Exemplaren.

Herausgeber: SPD Neuwittenbek
Redaktion: Bernd Brandenburg,
Dieter Weidemann, Rolf Weigel

Anschrift: c/o Rolf Weigel
Hofkoppelweg 11, 2303 NW

Druck: Eiderheim Flintbek
- Werkstatt für Behinderte